



BürgerInneninitiative gegen ein Großbordell in Marburg-Wehrda

Oberhessische Presse vom 30.5.2006

Bürgerinitiative wirft Magistrat „Verschleppungstaktik“ vor Bordellgegner: Fragen des Akteneinsichtsausschusses wurden nicht wie zugesagt beantwortet

von Werner Girgert

Marburg. Als „Verschleppungstaktik“ kritisiert die Bürgerinitiative gegen das geplante Bordell in der Siemensstraße das Vorgehen des Marburger Magistrats bei der Beantwortung der Fragen des Akteneinsichtsausschusses. Entgegen der Zusage von Oberbürgermeister Egon Vaupel (SPD), die Fragen des vom Stadtpar-

lament eingesetzten Gremiums noch vor der Kommunalwahl am 26. März öffentlich zu beantworten, sei der Magistrat die Antworten auf die insgesamt 69 Fragen bislang schuldig geblieben.

Außerdem moniert die Bürgerinitiative, dass die Antworten nicht, wie zunächst vorgesehen, an den Vorsitzenden des Finanzausschusses, aus dessen Reihen sich in der abgelaufe-

nen Wahlperiode der Akteneinsichtsausschuss konstituiert hatte, sondern an den Stadtverordnetenvorsteher übergeben werden sollen.

Vaupel hatte das Vorgehen unter anderem damit begründet, dass der Magistrat die Fragen erst beantworten wolle, sobald auch die Beantwortung von zwei an das Regierungspräsidium gerichteten Fragen vorliege (die OP berichtete).

Die Sprecherin der Bürgerinitiative, Inge Hauschildt-Schön, sieht darin jedoch eine Täuschung der Öffentlichkeit. Der Oberbürgermeister und der Magistrat legten „ein anderes Verfahren als öffentlich zugesichert fest und berufen sich auf den Regierungspräsidenten, der mit seiner verspäteten Antwort auf zwei Fragen verhindere, dass 67 Fragen öffentlich beantwortet werden kön-

nen“. Diese „Verzögerungstaktik“ bestärke die Bürgerinitiative in der Einschätzung, „dass Oberbürgermeister Vaupel und der Magistrat die fragwürdigen Vorgänge um die Bordellgenehmigung aussitzen wollen“. Aus diesem Grund habe sich die Initiative mit der Bitte um Unterstützung an den Petitionsausschuss des Hessischen Landtages und an den Regierungspräsidenten gewandt.

Bürgerinitiative wirft Magistrat „Verschleppungstaktik“ vor

Bordellgegner: Fragen des Akteneinsichtsausschusses wurden nicht wie zugesagt beantwortet

von Werner Giergert

Marburg. Als „Verschleppungstaktik“ kritisiert die Bürgerinitiative gegen das geplante Bordell in der Siemensstraße das Vorgehen des Marburger Magistrats bei der Beantwortung der Fragen des Akteneinsichtsausschusses. Entgegen der Zusage von Oberbürgermeister Egon Vaupel (SPD), die Fragen des vom Stadtparla-

ment eingesetzten Gremiums noch vor der Kommunalwahl am 26. März öffentlich zu beantworten, sei der Magistrat die Antworten auf die insgesamt 69 Fragen bislang schuldig geblieben.

Außerdem moniert die Bürgerinitiative, dass die Antworten nicht, wie zunächst vorgesehen, an den Vorsitzenden des Finanzausschusses, aus dessen Reihen sich in der abgelaufe-

nen Wahlperiode der Akteneinsichtsausschuss konstituiert hatte, sondern an den Stadtverordnetenvorsteher übergeben werden sollen.

Vaupel hatte das Vorgehen unter anderem damit begründet, dass der Magistrat die Fragen erst beantworten wolle, sobald auch die Beantwortung von zwei an das Regierungsräsidium gerichteten Fragen vorliege (die OP berichtete).

Die Sprecherin der Bürgerinitiative, Inge Hauschild-Schön, sieht darin jedoch eine Täuschung der Öffentlichkeit. Der Oberbürgermeister und

der Magistrat legten „ein anderes Verfahren als öffentlich zugesichert fest und berufen sich auf den Regierungspräsidenten, der mit seiner verspäteten Antwort auf zwei Fragen verhindre, dass 67 Fragen öffentlich beantwortet werden kön-

nen“. Diese „Verzögerungstaktik“ bestärke die Bürgerinitiative in der Einschätzung, „dass Oberbürgermeister Vaupel und der Magistrat die fragwürdigen Vorgänge um die Bordellgenehmigung aussitzen wollen“. Aus diesem Grund habe sich die Initiative mit der Bitte um Unterstützung an den Petitionsausschuss des Hessischen Landtages und an den Regierungspräsidenten gewandt.